

Dr. Oliver Möllenstädt

Hauptgeschäftsführer Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV)

Beitrag zur Jahrespressekonferenz am 14. Februar 2024

Es gilt das gesprochene Wort!

Redetext im Web verfügbar unter
www.gkv.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch ich begrüße Sie herzlich zur Jahres-Wirtschaftspressekonferenz des Gesamtverbandes Kunststoffverarbeitende Industrie (GKV).

Zu Beginn dieses Jahres haben wir die Mitgliedsunternehmen der Trägerverbände des GKV zu ihrer Einschätzung der Konjunktur- und Wirtschaftslage befragt. Die befragten Unternehmen verzeichneten weitaus überwiegend im Vergleich zum Vorjahr rückläufige Umsätze. Die Umsatzerwartungen für das Jahr 2024 sind verhalten. 45 Prozent der befragten Unternehmen erwarten einen (weiteren) Umsatzrückgang, im Durchschnitt um 8 Prozent.

Auch die Betriebsergebnisse der Mehrheit der Kunststoff verarbeitenden Unternehmen sind im vergangenen Jahr gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Für dieses Jahr sind die Ergebniserwartungen vieler Unternehmen zurückhaltend. Lediglich eine Minderheit von 28 Prozent der befragten Unternehmen erwartet eine Verbesserung des Betriebsergebnisses in 2024.

Die GKV -Trägerverbände:



Industrievereinigung
Verstärkte Kunststoffe e. V.



Fachverband Schaumkunststoffe
und Polyurethane e. V.



iK Industrievereinigung
Kunststoffverpackungen e. V.



Industrieverband langlebige
Kunststoffprodukte und
Mehrwegsysteme e.V.

Auch vom Außenhandel gingen im Rückblick der Unternehmen 2023 wenig Impulse für die Kunststoff verarbeitende Industrie aus. Für das kommende Jahr rechnen 24 Prozent der Unternehmen mit steigenden Umsätzen im Export. Wichtigste Außenhandelsregionen bleiben für die Kunststoff verarbeitenden Unternehmen in Deutschland die übrigen EU-Länder. Das gilt für 80 Prozent der Unternehmen, die durchschnittlich 24 Prozent ihres Umsatzes mit dem EU-Ausland tätigen. Der Import von Rohstoffen aus dem nichteuropäischen Ausland nahm im vergangenen Jahr spürbar zu. Durchschnittlich 29 Prozent der verarbeiteten Kunststoffe wurden 2023 von den befragten Unternehmen von außerhalb Europas bezogen. Im Vergleich: 2022 waren es noch 17 Prozent.

Angesichts der Umsatzentwicklung und der bereits geschilderten Unsicherheit über die Rahmenbedingungen im Industrieland Deutschland, haben viele Kunststoffverarbeiter 2023 ihre Investitionen reduziert. 35 Prozent der Unternehmen investieren weniger als noch im Vorjahr. Auch 2024 sind wenig Impulse bei den Investitionen zu erwarten. Besorgnis erregt, dass ein erheblicher Teil der befragten Unternehmen 2023 den Personalbestand verringert hat, was sich deutlich von der Tendenz der Vorjahre unterscheidet. Auch für 2024 kündigen 24 Prozent der befragten Unternehmen weiteren Personalabbau an. Auch der Mangel an Fachkräften und Auszubildenden ist weiter eines der gravierendsten Probleme der mittelständischen Industrie. 72 Prozent der befragten Mitgliedsunternehmen der Verbände klagen aktuell über einen Fachkräfte- oder Arbeitskräftemangel. Insbesondere das Angebot an Verfahrensmechanikern und Kunststofftechnikern am Arbeitsmarkt deckt die Nachfrage nicht. Auch Ausbildungsplätze in technischen Berufen bleiben allzu oft unbesetzt.

Viele Unternehmen machen Fortschritte bei der Steigerung der Nachhaltigkeit. So gaben 48 Prozent der befragten Unternehmen an, 2023 mehr Kunststoffrezyklate verarbeitet zu haben als im Vorjahr. Und auch für das Jahr 2024 prognostizieren die Unternehmen eine weiter wachsende Menge an verarbeiteten Kunststoffrezyklaten. Auch bei Aktivitäten mit dem Ziel der Klimaneutralität machen die Unternehmen Fortschritte. Bereits 24 Prozent der Unternehmen gaben an, bereits weitgehend klimaneutral zu produzieren. Geplant ist das bei weiteren 24 Prozent der Unternehmen.

Anlass zur Sorge bereiten vielen Kunststoffverarbeitern die teilweise drastisch gestiegenen Kosten, insbesondere für Energie und Löhne. Den meisten Unternehmen gelang es 2023 nur teilweise, die Kosten an ihre Kunden weiterzugeben. Diese ungesunde Entwicklung gefährdet die Existenz vieler Kunststoffverarbeiter auf mittlere Sicht. Wir haben die Unternehmen auch nach den Auswirkungen befragt, wenn sich die Kostensituation in Deutschland 2024 nicht

ändert. 58 Prozent gaben an, dass dann ein weiterer Abbau von Arbeitsplätzen dann unausweichlich sei, gemessen an der Zahl der Nennungen in unserer Umfrage gefolgt von Kurzarbeit und der Verlagerung von Produktion ins Ausland. Erstmals haben wir die Unternehmen in unserer jährlichen Befragung in der Kunststoff verarbeitenden Industrie auch nach ihrer Einschätzung bezüglich des Ausmaßes der Kosteneffekte auf ihre Wettbewerbsfähigkeit befragt. Die Befragungsergebnisse machen deutlich, dass die Kosten für Strom, Löhne und Gas die Unternehmen deutlich stärker belasten als zuvor, gefolgt von den Bürokratiekosten. Deshalb sollte die Politik insbesondere auf die Milderung dieser für die Unternehmen besonders belastenden Kostenfaktoren verstärkte Anstrengungen richten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!